

Wohnungsnot und Wohnungsmieten.

Zur Steigerung der Wohnungsmieten wird uns geschrieben:

Mit dem Worte „Wohnungsnot“ wird seit längerer Zeit ein besorgniserregender Unfug getrieben. Unleugbar hat dies Schreckgespenst in erster Linie dazu beigetragen, daß die Wohnungsmieten in Groß-Berlin mehr oder weniger in die Höhe gesetzt worden sind. Billigerweise muß zugegeben werden, daß eine Erhöhung der Wohnungspreise am Platze war, nachdem der Hausbesitz nach Kriegsausbruch größtenteils erhebliche Opfer infolge von Mietenachlässen, sodann aber auch infolge der erhöhten Unkosten für Instandhaltung des Hauses gebracht hat. Man sollte sich dabei aber vor Uebertreibungen bei der Beurteilung dieser Unkosten bewahren, insbesondere auch berücksichtigen, daß kostspielige Reparaturen doch nur in weit geringerem Umfange ausgeführt werden konnten als in Friedenszeiten. Und was die allgemeine Entwertung des Geldes betrifft, so bleibt es doch eine sehr umstrittene Frage, ob der Eigentümer, der früher aus seinem Hausbesitz etwa 5000 Mark Reineinkommen hatte, nunmehr berechtigt sei, 8000 Mark oder gar noch mehr herauszuziehen.

Anscheinend huldigen zahlreiche Besitzer der Ansicht, daß jetzt die Zeit gekommen sei, um die Mieter nach Möglichkeit zu schröpfen. Nach unseren Erkundigungen wurden die Mieten zum Teil um 25 bis 33 $\frac{1}{2}$ v. H. heraufgesetzt, und zwar hauptsächlich bei kleinen und mittleren Wohnungen. Damit wurde von vornherein mit den gewaltigen Kosten, die ein Umzug heutigentags verursacht, gerechnet. Wo sich die Hauswirte mit geringeren Preiszuschlägen begnügten, wurde oftmals den Mietern sogleich eröffnet, daß nur kurzfristige Mietverträge abgeschlossen würden, natürlich mit dem Hintergedanken einer alsbaldigen Mieterhöhung. Es soll nicht verkantet werden, daß manche Hausbesitzer durchaus h u m a n vorgegangen sind; aber in der Mehrzahl der Fälle dürfte die Profitwut die Oberhand behalten haben. Besonders beklagenswert ist dabei, daß die große Zahl der Personen mit festem, mittlerem Einkommen ganz besonders schwer durch die „Wohnungsnot“ betroffen wird. Zum Schutze der Mieter sind freilich Mieteinigungsämter eingerichtet worden; es gewinnt aber den Anschein, daß diese den gehegten Erwartungen nicht durchgehend entsprochen haben. Viele Betroffene wagen deshalb gar nicht erst die Entscheidung des Mieteinigungsamtes anzurufen und fügen sich zähneknirschend in das scheinbar Unabwendbare.

Wenn die Stadt Berlin jetzt 5 Mill. Mark bereitstellen will, um 5000 weitere Wohnungen herzurichten, so wird man dagegen kaum etwas einzuwenden haben, insbesondere im Hinblick auf die — hoffentlich baldige — Rückkehr der Krieger aus dem Felde. Es wäre aber durchaus unerwünscht, wenn der Zuzug der Krieger einen ungewöhnlichen Umfang annehmen sollte. Im Interesse einer gesunden Bevölkerungspolitik sollte dafür gesorgt werden, daß unsere Kämpfer dereinst die kleineren Städte und das flache Land bevölkern, die weit dringlicher der Arbeitskräfte bedürfen als die Reichshauptstadt und andere Großstädte. Auf dem Lande stehen überdies massenhaft Wohnstätten für die Aufnahme von Kriegerfamilien zur Verfügung, abgesehen davon, daß zahlreiche Städte während des Krieges auch der Errichtung von Heimstätten ihre Aufmerksamkeit zugewandt haben.